

# TICKER Beilage zu STICHWORT BAYER 2/17

Kurzmeldungen zu einem multinationalen Chemiekonzern



+ + T I C K E R + + T I C K E R + +

## AKTION & KRITIK

### CBG bei „Wir haben es satt!“-Demo

Angesichts der von BAYER geplanten MONSANTO-Übernahme und weiterer Konzentrationsprozesse im Agrar-Sektor drohen die Risiken und Nebenwirkungen der industrialisierten Landwirtschaft für Mensch, Tier und Umwelt noch einmal zuzunehmen. Darum rief die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN mit zur Teilnahme an der „Wir haben es satt!“-Demonstration auf, die in Berlin immer traditionell einen Kontrapunkt zur „Internationalen Grünen Woche“ der Agro- und Nahrungsmittel-Multis bildet. Über 10.000 Menschen – und 130 Traktoren – fanden sich am 21. Januar 2017 in Berlin ein, um gegen das Geschäftsmodell der Global Player auf die Straße zu gehen. Und erwartungsgemäß stand der jüngste Coup des Leverkusener Multi ganz oben auf der Agenda der ProtestiererInnen. „Wir sagen ‚Nein‘ zu der Fusion von BAYER und MONSANTO, hier müssen die Kartellämter aktiv werden“, forderte etwa Jochen Fritz, der Sprecher des „Wir haben es satt“-Aktionsbündnisses.

### CBG schreibt EU-Wettbewerbsbehörde

Der Agro-Markt steht vor einem neuerlichen Konzentrationsprozess. DUPONT und DOW wollen sich zusammenschließen, CHEM-CHINA beabsichtigt, SYNGENTA zu übernehmen und BAYER plant, MONSANTO zu kaufen. Kämen alle Transaktionen vollumfänglich zustande, läge die Verantwortung für die Welternährung nur noch bei vier Multis – eine katastrophale Aussicht. Allerdings müssen den Deals noch 30 Kartell-Behörden ihre Zustimmung erteilen. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hat sich in diesen Prozess eingeschaltet. Gemeinsam mit der schweizer Initiative BROT FÜR ALLE, die sich besonders dem Geschäftsbereichen von SYNGENTA widmet, initiierte die Coordination einen Offenen Brief an die bei der Europäischen Union für die Deals zuständige Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager. „Bereits heute beherrschen sechs transnationale Konzerne die Weltmärkte für Pestizide und Saatgut. Nach Abschluss der geplanten drei Fusionen wären es noch vier. Deren Marktbeherrschung und Kontrolle über das Ernährungssystem wäre immens. Sollten alle Übernahmen zustande kommen, würden die betreffenden drei Firmen über 65 Prozent des globalen Pestizid-Markts und fast 61 Prozent des kommerziellen Saatgutmarkts beherrschen. Bei einzelnen Nutzpflanzen und Pestiziden wäre die Konzentration noch weitaus größer“ hieß es darin unter anderem. Außer BROT FÜR ALLE wirkten noch MULTIWATCH, PUBLIC EYE, SWISSAID und FASTENOPFER an dem Schreiben mit; zu den Unterzeichnern zählten Organisationen wie das PESTIZID AKTIONEN-NETZWERK, das GEN-ETHISCHE NETZWERK, das SEEDS ACTION NETWORK GERMANY, die SCHWEIZER ALLIANZ GENTECHFREI, die ARBEITSGEMEINSCHAFT BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT und die IG SAATGUT.

### Baumann „Dinosaurier des Jahres“

Der NATURSCHUTZBUND DEUTSCHLAND (NABU) hat den BAYER-Chef Werner Baumann zum „Dinosaurier des Jahres“ gekürt. „Die von Baumann eingefädelt 66 Milliarden Dollar teure Rekord-Übernahme des US-Saatgutriesen MONSANTO durch die BAYER AG steht im Gegensatz zu den Forderungen von Umwelt-

schützern und Verbrauchern auf der ganzen Welt, die sich eine umweltverträglichere, gift- und gentechnik-freie Landwirtschaft wünschen“, hieß es zur Begründung.

### Offener Brief zu Pseudo-Hormonen

Chemische Stoffe haben viele gesundheitsgefährdende Eigenschaften. Eine der unheimlichsten: Manche Substanzen wirken ähnlich wie Hormone und können damit den menschlichen Organismus gehörig durcheinanderwirbeln (siehe auch SWB 4/16). Pestizide des Leverkusener Multis wie RUNNER, PROVOST OPTI, FOLICUR und NATIVO oder Industrie-Chemikalien made by BAYER wie Bisphenol A sind deshalb imstande, Krebs, Diabetes, Fettleibigkeit, Unfruchtbarkeit und andere Gesundheitsstörungen auszulösen. Hormonell wirksame Ackergifte wollte die EU eigentlich schon 2009 im Rahmen einer Neuordnung der Zulassungsgesetze verbieten. Dazu kam es allerdings nicht. Nach Ansicht Brüssels galt es zunächst, genaue Kriterien zur Charakterisierung der Pseudo-Hormone – sogenannter „endokriner Disruptoren“ (EDs) – zu entwickeln. Mit drei Jahren Verspätung legte die Europäische Kommission den entsprechenden Entwurf im Sommer 2016 vor. Die Bestimmungen kehren jedoch die Beweislast um und fordern eindeutige Belege für die gesundheitsschädliche Wirkung der EDs; ein plausibler Verdacht reicht Juncker & Co. nicht aus. Und im weiteren Verlauf der Beratungen hat die Politik die Definition dessen, was als endokriner Disruptor gilt, noch mehr aufgeweicht. Darum hat das PESTIZID AKTIONEN-NETZWERK (PAN) schon den zweiten Offenen Brief zu dieser Causa initiiert. Dieses Mal richtete PAN das Schreiben, zu deren Mitunterzeichnern die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN gehört, an die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks. „Die vorgelegten, nunmehr bereits zum vierten Mal überarbeiteten Entwürfe werden nicht den gesetzlich geforderten Schutz-Standards für Mensch und Umwelt gerecht“, kritisieren die Verfasser: „Die Beweislast ist unrealistisch hoch.“ Zudem stoßen sie sich an den vielen Ausnahme-Regelungen. So schlug etwa die Bundesregierung paradoxerweise vor, gerade solche Substanzen von der Regelung auszunehmen, die sich eine hormonelle Wirkung ganz offen auf die Fahne schreiben wie etwa BAYERS Antiraupe-Mittel RUNNER. Dieses Produkt gehört nämlich zu den Insekten-Wachstumsregulatoren. Und die werden, wie BAYERS Lobby-Verband „European Crop Protection Association“ festhält: „im Pflanzenschutz speziell wegen ihrer Wirkungsweise als endokrine Disruptoren eingesetzt, um den Fortpflanzungsprozess zu stören oder den Lebenszyklus der Insekten zu verkürzen“.

### SPD will Vorstandsbezüge begrenzen

Die SPD machte im Januar 2017 einen Vorstoß, um „möglichst noch in dieser Legislatur-Periode“ die größten Auswüchse bei den ManagerInnen-Gehältern zu beseitigen. So will die Partei „ein festgeschriebenes Maximal-Verhältnis zwischen der Vergütung von Vorständen und dem durchschnittlichen Gehalt der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ einführen. Genau das hatte der DACHVERBAND DER KRITISCHEN AKTIONÄRE UND AKTIONÄRINNEN auch schon einmal auf die Agenda einer Hauptversammlung des Leverkusener Multis gesetzt. Er forderte, die Vorstandsbezüge zu limitieren. Das 20fache eines BAYER-Durchschnittslohns beim Leverkusener Multi sollte das Höchste

der Gefühle sein – aktuell verdient ein Vorstand das 42fache eines normalsterblichen Beschäftigten. Aber erwartungsgemäß hielt der damalige Aufsichtsratschef Manfred Schneider nichts von solchen „statistischen Grenzen“, obwohl der „Corporate Governance Kodex“ empfiehlt, bei der Bezahlung „das Verhältnis der Vorstandsvergütung zur Vergütung des oberen Führungskreises und der Belegschaft insgesamt“ zu berücksichtigen. BAYER-Chef Werner Baumann spricht sich ebenfalls gegen solche Limits aus. „Beschäftigungsstrukturen und durchschnittliche Einkommen unterscheiden sich von Branche zu Branche erheblich, eine zwangsläufig generalisierende Höchstquote für alle Unternehmen ist kontraproduktiv“, meint er. Den SozialdemokratInnen geht es jedoch nicht nur um das Lohngefüge. Die Partei beabsichtigt überdies, Bonus-Zahlungen an die Führungsriege zu erschweren. Konnten die Konzerne diese bislang einfach von der Steuer absetzen, beabsichtigt die SPD nun, das zu deckeln und jenseits eines Betrages von 500.000 Euro nicht länger zu erlauben. Zudem hat sie vor, minderleistenden ManagerInnen diese Zusatz-Leistungen künftig zu verwehren. Um die Verwirklichung all dieser Maßnahmen steht es allerdings schlecht, denn der Koalitionspartner CDU sperrt sich. Der Wirtschaftsrat der ChristdemokratInnen, dem der BAYER-Manager Wolfgang Große Entrup angehört, warf der SPD umgehend vor, einen „Neid-Wahlkampf“ vorzubereiten und hielt unmissverständlich fest: „Die Bezahlung von Vorständen und Geschäftsführern ist Sache der Eigentümer.“

### Steuer-Oase Schweiz hat Probleme

Im Jahr 2015 brachte der Leverkusener Multi seine Kunststoff-Sparte COVESTRO an die Börse. Und im Zuge des Loslösungsprozesses sucht sich das Unternehmen nach dem Vorbild der Muttergesellschaft schon einmal Steuer-Oasen. Wie BAYER ist es dabei unter anderem in Monheim und in Belgien fündig geworden (*Ticker 1/17*). Zusätzlich hat die Plaste-Gesellschaft sich jedoch noch die Schweiz auserkoren, wirbt doch das Nachbarland damit, dass es „international weiterhin auf Rang 8 der steuergünstigsten Standorte steht“. Die COVESTRO INTERNATIONAL SA mit Sitz im Kanton Fribourg hält Beteiligungen an überall auf der Welt verstreuten Niederlassungen. Ein Großteil von deren Erträgen wandert so dahin zurück, wo die Finanzämter unschlagbare Konditionen bieten: „Holding-Gesellschaften sind von kantonalen Gewinn-Steuern ganz befreit, der Kapitalsteuersatz ist reduziert“. Nur acht bis zwölf Prozent zahlen COVESTRO & Co. Nun aber gibt es Trouble im Steuer-Paradies. Die „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ (OECD) will das Treiben der Eidgenossen nicht länger dulden und hat Gesetzes-Änderungen angemahnt. Die Politik arbeitete daraufhin eine Unternehmenssteuer-Reform aus. Diese sieht jedoch keine wirklichen Einschnitte vor – sie verlagert die Steuergeschenk-Ausgabe lediglich an eine andere Stelle. Das Paragrafen-Werk visiert an, die Schweiz im Standort-Wettbewerb um Konzern-Ansiedlungen künftig als idealen Ort für unternehmens-interne Geschäfte mit Marken- und Patentrechten zu positionieren. Diese Pläne durchkreuzten die BürgerInnen allerdings. Sie lehnten das Vorhaben in einer Volksabstimmung mit einer Mehrheit von 59 Prozent ab. Jetzt bleibt der Mehrparteien-Regierung aus SVP, FDP & Co. nichts anderes übrig, als eine neue Vorlage zu erstellen.

## KAPITAL & ARBEIT

### Saftige Dividenden-Erhöhung

Auch 2017 verteilt BAYER wieder Wohltaten an die AktionärInnen. Der Leverkusener Multi erhöht die Dividende um zehn Prozent auf 2,75 Euro.

### IG BCE verliert Mitglieder

Die IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE verliert kontinuierlich Mitglieder. Gehörten ihr 2006 noch 729.000 Beschäftigte an, so reduzierte sich ihre Zahl bis Ende 2016 auf 645.000.

## ERSTE & DRITTE WELT

### Milde Pillen-Gaben für die „3. Welt“

Der Patentschutz macht neue Arzneimittel in der Regel unerschwinglich für Menschen aus „Entwicklungsländern“. Aus diesem Grund berufen sich die betreffenden Staaten oftmals auf einen Ausnahme-Paragrafen des internationalen Patentschutzabkommens TRIPS und vergeben Zwangslizenzen an die Hersteller von Nachahmer-Präparaten, um die Versorgung zu sichern. Indien tat das beispielsweise im Fall von BAYERs Krebs-Medikament NEXAVAR – und hatte sofort eine Klage von BAYER am Hals (*Ticker 2/15*). Da diese Art und Weise der Pharma-Riesen, ihre Eigentumsrechte auf Kosten der Ärmsten der Armen zu verteidigen, international zunehmend auf Kritik stößt, sahen die Multis sich zum Handeln gezwungen. Um das Patent-Regime trotz aller Risiken und Nebenwirkungen aufrechterhalten zu können, lindern die Firmen dessen ärgste Folgen mit ein paar milden Gaben. So haben die Konzerne auf dem jährlichen Klassentreffen der Global Player im schweizerischen Davos das Projekt „Access Accelerated“ vorgestellt. „Access Accelerated“ hat das Ziel, den Zugang zu Therapie-Leistungen im Bereich der nichtübertragbaren Krankheiten in einkommensschwächeren Ländern zu fördern. Die beteiligten Unternehmen verpflichten sich im Rahmen der Initiative, den Zugang zu Arzneimitteln für die Bekämpfung von nichtübertragbaren Krankheiten zu verbessern“, erklärt der Ober-BAYER Werner Baumann publicity-trächtig in einem Zeitungsbeitrag für die *FAZ*. Ganz uneigennützig ist das Engagement aber nicht. BAYER & Co. wollen nämlich auch ihren Zugang zu den Märkten der betreffenden Nationen verbessern und die Gesundheitssysteme nach ihrem Gusto umgestalten. „Gemeinsam mit der Weltbank-Gruppe wird die Initiative Lösungen identifizieren, um finanzielle, regulatorische und dienstleistungsbezogene Barrieren auf Länderebene abzubauen“, heißt es etwa in der „Access Accelerated“-Packungsbeilage.

## POLITIK & EINFLUSS

### BAYER profitiert von Pharma-Dialog

Im September 2014 hatte die Bundesregierung den „Pharma-Dialog“ mit den Pillen-Produzenten und der IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE ins Leben gerufen. In einer konzertierten Aktion nahmen

sich das Gesundheits-, Wirtschafts- und das Forschungsministerium vor, der Branche bessere Rahmenbedingungen zu verschaffen. „Erklärtes Ziel des Dialogs ist die Stärkung des Pharma-Standortes Deutschland“, freute sich BAYER damals. Und die Aktien-Gesellschaft freute sich nicht zu früh, denn die Ergebnisse des Pharma-Dialogs können sich für den Global Player „sehen lassen“. Bei der Umsetzung der mit den Krankenkassen vereinbarten Rabatt-Verträge für Arzneien bleibt den Konzernen jetzt sechs Monate Zeit. Und diese können sie nutzen, um die Medikamente noch eine Weile zu den ursprünglichen Preisen zu verkaufen. Zudem dürfen BAYER & Co. – wie immer wieder von ihrer Seite gefordert – die Größenordnung der Abschläge geheim halten, was wiederum einiges Geld bringt. Die Listen-Preise haben nämlich für das Ausland eine Leitfunktion, weshalb eine Veröffentlichung der wirklich verlangten Beträge Einkommensverluste in den anderen Ländern nach sich zöge. Auch sonstige von ManagerInnen des Unternehmens regelmäßig geäußerte Wünsche gingen in Erfüllung. So hatte der ehemalige Vorstandsvorsitzende Marijn Dekkers eine staatliche Unterstützung bei der Entwicklung neuer Antibiotika verlangt, weil solche Mittel angesichts der vielen gegen die alten Pharmazeutika resistenten Keime zwar dringend nötig seien, sich für die Industrie aber leider nicht rechneten. Im Rahmen des Pharma-Dialogs willigte die Bundesregierung jetzt ein, die entsprechende Forschung zu subventionieren. Überdies zeigte sie sich zu höheren Erstattungen für Reserve-Antibiotika wie BAYERs CIPROBAY bereit, die nur zum Einsatz kommen, wenn andere Substanzen bereits versagt haben. Zudem will die Große Koalition zur Genugtuung der Firmen mehr dafür tun, damit junge Pharma-Unternehmen an Wagniskapital kommen. So haben CDU und SPD vor, gezielter gegen Medikamenten-Fälschungen vorzugehen und für Therapeutika, die mit radioaktiven Strahlen arbeiten wie das vom Leverkusener Multi hergestellte XOFIGO, die Genehmigungsverfahren zu verkürzen.

### Ethik-Kommissionen entmachtet

Im November 2016 hat der Bundestag das „Vierte Gesetz zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften“ beschlossen. Unter anderem räumte die Regierungskoalition BAYER & Co. Hindernisse bei Medikamenten-Studien aus dem Weg. So erlaubte sie Tests mit nicht zustimmungsfähigen ProbandInnen wie Demenz-Kranken. Sogar, wenn die Test-Personen nicht selbst von den Pillen-Erprobungen profitieren, dürfen MedizinerInnen jetzt Pharma-Versuche mit ihnen durchführen. Zudem entmachtete das Paragrafen-Werk die Ethik-Kommissionen, welche die geplanten Pharmazeutika-Prüfungen zu begutachten haben. Ihre Stellungnahmen sind nunmehr nicht mehr bindend, sondern

nur noch „maßgeblich zu berücksichtigen“. Auch behält sich der Gesetzgeber vor, eine Bundesethik-Kommission einzurichten und diese direkt bei der Genehmigungsbehörde für die Tests, dem „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizin-Produkte“, anzusiedeln. Diese Änderungen sorgten für viel Unmut bei bisherigen Mitgliedern von Ethik-Kommissionen. „Wir betrachten das als Maulkorb“, sagt etwa Michael Zenz von der Universität Bochum, während der Rechtsmediziner Wolfgang Eisenmenger kritisiert: „Insgesamt geht es um eine Beschleunigung des Verfahrens, und die kann nicht im Sinne der Patienten sein.“ Und über den ohnehin in letzter Zeit steigenden Druck auf die Gremien, die pharmakologischen Experimente schneller zu genehmigen, beklagte sich Georg Schmidt von der Technischen Hochschule München.

### Neues Antikorruptionsgesetz

Im letzten Jahr hat der Bundestag das „Gesetz zur Bekämpfung der Korruption im Gesundheitswesen“ verabschiedet. Allerdings zeigt es sich nicht gerade wehrhaft. So fasst das Paragrafen-Werk den Straftatbestand sehr eng: „Das bloße Annehmen eines Vorteils ist zur Tatbestandsverwirklichung nicht ausreichend.“ Auch wenn „mit der Zuwendung nur das allgemeine Wohlwollen des Nehmers erkaufte werden soll oder sie als Belohnung für eine bereits erfolgte Handlung gedacht ist“, droht keine Strafe. Zudem fiel nach Lobby-Druck im letzten Moment ein Passus aus dem Text, der die Verletzung heilberufsrechtlicher Unabhängigkeitspflichten als Rechtsbruch ahnden wollte. Damit wären nämlich auch die Anwendungsbeobachtungen der MedizinerInnen ins Visier der Justiz geraten. Bei diesen von BAYER & Co. üppig honorierten „Studien“, die nur das Ziel verfolgen, die Kranken auf das getestete Präparat umzustellen, dürfen die ÄrztInnen Nebenwirkungen nämlich nicht den staatlichen Stellen melden, wozu sie das Standesrecht eigentlich verpflichtet. Dieser von den Konzernen geforderten Schweigepflicht können die Doctores nun weiterhin Folge leisten und sich mit den Fake-Untersuchungen einen lukrativen Nebenverdienst sichern. Allein im Jahr 2014 zahlte BAYER 17.000 MedizinerInnen dafür rund 100 Millionen Euro. Auch pharma-gesponserte Kongresse oder Fortbildungen macht das neue Gesetz nicht justiziabel.

### Vergiftetes Gauck-Lob

Der scheidende Bundespräsident Joachim Gauck hält große Stücke auf die IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE, kein Wunder, sieht die Gewerkschaft sich doch als „Garant und Unterstützer erfolgreicher Unternehmen“. „Welch ein Gegensatz ist das zu der einstigen harten Konfrontation zwischen Arbeit und Kapital“, freut sich Gauck über „dieses kooperative Selbstverständnis“ und bezeichnete es als einen „Pfeiler unserer Wirtschaftskultur“.

### EEG-Umlage steigt erneut

Die in der Strom-Rechnung enthaltene EEG-Umlage kommt der Förderung alternativer Energien zugute. Allerdings tragen nicht alle gleichermaßen zu der Subventionierung von Wind- und Solarenergie bei. Der Gesetzgeber hat BAYER & Co. als energieintensive Unternehmen weitgehend von der Abgabe befreit. Die Mehrkosten tragen die Privathaushalte. Für sie erhöht sich auch 2017 die Umlage wieder. Sie steigt von 6,35 auf 6,88 Cent pro Kilowatt-Stunde. Eva Bulling-Schröter, energiepolitische Spre-



cherin der Partei „Die Linke“ im Bundestag, die auch dem Beirat der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN angehört, kritisiert das scharf. „Die Kosten der Energiewende müssen auf alle Schultern verteilt werden“, fordert sie und mahnt eine Streichung der Ausnahme-Regelungen für Großverbraucher wie den Leverkusener Multi an.

### Fette Stromsteuer-Rückzahlung

Energie-intensive Unternehmen wie BAYER zahlen mit ihrer Stromrechnung nicht nur geringere Beiträge zur Förderung der erneuerbaren Energien als andere Firmen und Privathaushalte. Zusätzlich zur reduzierten EEG-Umlage (s. o.) können sie auch noch bei der Energie-Steuer sparen. Über den sogenannten Spitzenausgleich erhalten die Konzerne 2017 eine Rückzahlung in Höhe von zwei Milliarden Euro.

### EU regelt Emissionshandel neu

Vor einigen Jahren hat die EU den Emissionshandel mit Kohlendioxid-Verschmutzungsrechten eingeführt. Er sieht vor, BAYER & Co. CO<sub>2</sub>-Emissionen nur in einem bestimmten Umfang zu gestatten. Alles, was über ein bestimmtes Limit hinausgeht, sollte den Konzernen teuer zu stehen kommen. Aber die disziplinarische Wirkung dieser Maßnahme hält sich in Grenzen. Die Firmen brauchen nämlich längst nicht mit all ihren Anlagen am Emissionshandel teilzunehmen. Der Leverkusener Multi beispielsweise ist aktuell nur mit 18 Anlagen und 2,32 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> am Start. Zudem erhalten die Gesellschaften immer noch viel zu viel Gratis-Lizenzen zur Klimaschädigung. Und falls die Unternehmen doch zukaufen müssen, können sie die Zertifikate für einen Schleuderpreis erwerben. Darum setzte sich die Europäische Union an eine Reform des Verfahrens. Die Global Player schlugen sofort Alarm. So erklärte der damalige BAYER-Chef Marijn Dekkers in seiner Funktion als Präsident des „Verbandes der Chemischen Industrie“: „Die geplanten Kriterien für die Ausgabe von Emissionsrechten verschärfen den Wettbewerbsdruck für die chemische Industrie massiv.“ Wenn Brüssel wie geplant die Preise für die Zertifikate erhöhe und die kostenlose Zuteilung reduziere, dann drohten Produktionsverlagerungen, warnte Dekkers. Und die EU schenkte solchen Appellen Gehör. Im Zuge der Beratungen zur neuen Vorlage hielt sie 52 Treffen mit LobbyistInnen von BAYER & Co. ab und ließ sich schlussendlich auf einen Kompromiss ein. „Dem Klimaschutz wäre nicht gedient, wenn die Industrie außerhalb von Europa genauso oder womöglich noch CO<sub>2</sub>-intensiver produziert“, erklärte die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD). Darum reduziert die jetzige, noch nicht endgültig verabschiedete Regelung zwar die Menge der Emissionsrechte, dafür stellt sie BAYER & Co. mehr kostenlose Zertifikate zur Verfügung.

### BAYER will weniger Regulierung

Der Leverkusener Multi fordert weniger strenge Auflagen zur Genehmigung neuer Pestizide. „Der Pflanzenschutz-Branche, aber auch der gesamten Landwirtschaft bereitet die restriktive Zulassungspraxis große Probleme“, klagte er. Der Konzern kritisierte das Vorgehen der Behörden, bei den Verfahren eine vergleichende Bewertung von Agro-Giften durchzuführen, bei der angeblich „sichere Pflanzenschutzmittel (...) dem Markt entzogen werden“.

Auch sollte es seiner Ansicht nach kein Ausschluss-Kriterium sein, wenn die Mittel in hohen Konzentrationen eine schädliche Wirkung zeigten. Als „eine Abkehr von der bislang praktizierten wissenschaftlichen Risiko-Bewertung hin zu einer rein theoretischen Gefahren-Betrachtung“ kritisiert der Global Player solche Entscheidungen. Die Anforderungen zum Schutz der Bienen – wegen der Gefährdung dieser Insekten ruht aktuell die Zulassung der BAYER-Produkte PONCHO und GAUCHO – betrachtet das Unternehmen ebenfalls als unzumutbar. Zu schlechter Letzt nimmt es noch Anstoß an den angeblich zu hohen Registrierungskosten. Und seine Lobby-Organisation, der „Industrie-Verband Agrar“, moniert derweil die lange Dauer der Pestizid-Prüfungen.

## PROPAGANDA & MEDIEN

### BAYER & CO. kaufen WissenschaftlerInnen

Das Pestizid Glyphosat steht seit Langem in der Kritik. So stufte die Krebsforschungseinrichtung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) das Ackergift, das hauptsächlich in Kombination mit MONSANTOs Gen-Pflanzen zum Einsatz kommt, aber auch in BAYER-Mitteln wie GLYFOS, PERMACLEAN, USTINEX G, KEEPER und SUPER STRENGTH GLYPHOSATE enthalten ist, im März 2015 als „wahrscheinlich krebserregend“ ein. Das hat die Hersteller zu einer Offensive veranlasst. MONSANTO setzt dabei vor allem darauf, Mietmäuler aus der wissenschaftlichen Community zu verpflichten, die Entlastungsstudien verfassen, oder auch bloß – als vermeintliche Co-AutorInnen – ihren Namen für entsprechende Veröffentlichungen hergeben. Unter diesen ForscherInnen finden sich so manche, die gute Beziehungen zum Leverkusener Multi haben. So taucht etwa Helmut Greim, der dem Global Player bereits im Holzgifte-Prozess der 1980er Jahre gute Dienste erwiesen hatte, in Tateinheit mit einem MONSANTO-Angestellten als Verfasser einer Glyphosat-Untersuchung auf. Eifrig zu der Agro-Chemikalie veröffentlicht auch David Garabrant, der den Konzern schon in einem Rechtsstreit beriet, in dem es um die leukämieauslösende Wirkung von Glyphosat ging. Und als – zumindest auf dem Papier – fleißige PublizistInnen zu Glyphosat fungieren zudem Joao Lauro Viana de Camargo, der als Berater und Referent für BAYER fungierte, und Douglas Weed. Dessen Firma DLW CONSULTING SERVICES gehörte gemeinsam mit VertreterInnen von BAYER, MONSANTO, DOW und anderen Unternehmen einem Komitee an, das sich mit dem Nachweis von Kausalität in epidemiologischen Studien beschäftigte.

### „Dream Production“ II

Im letzten Jahr nahm die BAYER-Tochter COVESTRO ihre „Dream Production“ offiziell in Betrieb, die das klimaschädigende Kohlendioxid als Grundstoff für die Kunststoff-Herstellung nutzt. Allerdings gestaltet sich das Ganze „traumhaft“ nur in Bezug auf das, was im PR-Fachjargon das „Reputationsmanagement“ heißt. Die realen Auswirkungen auf die Öko-Bilanz fallen kaum ins Gewicht, weil das Unternehmen nur einen Bruchteil des emittierten CO<sub>2</sub> recycelt und dafür obendrein noch ziemlich viel Energie verbraucht. Das ist auch die Crux bei einem ähnlichen Vorhaben, an dem sich COVESTRO zusammen mit THYSSENKRUPP, EVO-

NIK, BASF, SIEMENS, VW, weiteren Konzernen sowie diversen Forschungseinrichtungen beteiligt. Das „Carbon2Chem“-Projekt nimmt sich vor, aus dem bei der Fertigung von Stahl anfallenden Kohlendioxid Vorprodukte für Dünger, Kraftstoffe und Kunststoff-Produkte zu machen. Das erfordert leider aber so viel Strom, wie die DEUTSCHE BAHN in einem ganzen Jahr verbraucht. Trotzdem fördert die Bundesregierung „Carbon2Chem“ großzügig. Sie bewilligte 60 Millionen Euro an Forschungssubventionen.

## DRUGS & PILLS

### CIPROBAY-Risikobewertungsverfahren

BAYERs Antibiotikum CIPROBAY mit dem Wirkstoff Moxifloxacin, der zur Gruppe der Fluorchinolone gehört, hat zahlreiche Nebenwirkungen. So registrierte die US-Gesundheitsbehörde FDA zwischen 1998 und 2013 etwa 3.000 Todesfälle, die im Zusammenhang mit fluorochinolon-haltigen Medikamenten stehen. Insgesamt erhielt die FDA rund 50.000 Meldungen über unerwünschte Arznei-Effekte; zu den häufigsten zählen Schädigungen im Bereich der Sehnen, Knorpel, Muskeln und Knochen. Im Mai 2016 erließ die Behörde deshalb Anwendungsbeschränkungen für CIPROBAY und andere fluorochinolon-haltige Präparate. Und im Februar 2017 reagierte auch das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ (BfArM). Es brachte ein europäisches Risikobewertungsverfahren für CIPROBAY & Co. auf den Weg. „Ziel ist eine umfassende Bewertung von schwerwiegenden Nebenwirkungen, die zu starken Einschränkungen und unter Umständen dauerhaften Beeinträchtigungen führen können“, erklärte das BfArM.

### Weniger Xarelto-Todesfälle

BAYERs Gerinnungshemmer XARELTO mit dem Wirkstoff Rivaroxaban hat gefährliche Nebenwirkungen. Das „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ (BfArM) erhielt 2016 von Ärztinnen 117 Benachrichtigungen über Todesfälle, 96 davon gehen auf Blutungen zurück. Insgesamt erfolgten 1.449 Meldungen wegen unerwünschter Pharma-Effekte, dazu dürfte allerdings noch eine nicht unbeträchtliche Dunkelziffer kommen. Gegenüber dem Vorjahr sanken glücklicherweise die Zahlen, bei denen es sich laut BfArM stets nur um Verdachtsfälle handelt, da der „Kausal-Zusammenhang mit der Anwendung des Arzneimittels nicht sicher belegt“ sei. 2015 hatte das Bundesinstitut noch 176 Sterbefälle und 1.785 Berichte über schwerwiegende Nebenwirkung aufgeführt – im Vergleich zum bisherigen Standard-Medikament Marcumar liegen sie allerdings immer noch beängstigend hoch. Der Arznei mit dem Wirkstoff Phenprocoumon fielen nämlich „nur“ 21 Menschen zum Opfer.

### Keine Zulassung für XARELTO-Antidot

BAYERs Gerinnungshemmer XARELTO gelang es in den Zulassungsstudien lediglich, seine „Nicht-Unterlegenheit“ gegenüber Warfarin zu demonstrieren. Auch im Vergleich zu der in der Bundesrepublik bisher geläufigen Therapie mit Marcumar schneidet das Präparat nicht besonders gut ab, obwohl sein Preis den des Mittels mit dem Wirkstoff Phenprocoumon um ein Vielfaches

übersteigt. Nach der Statistik des „Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte“ (BfArM) fällt die Nebenwirkungsbilanz schlechter aus, und es gibt im Gegensatz zum bisherigen Standard-Medikament für XARELTO auch kein Gegenmittel, wenn es gilt, Blutungen zu stoppen. Aber wenigstens da hat der Leverkusener Multi schon vor längerer Zeit angekündigt, Abhilfe zu schaffen und ein so genanntes Antidot zu entwickeln. Das Unternehmen PORTOLA erhielt im Februar 2013 den entsprechenden Auftrag. Mitte 2015 vermeldete dann die *Pharmazeutische Zeitung* unter der Überschrift „Antidota auf der Zielgeraden“, die Counterparts für XARELTO und andere orale Antikoagulantien seien schon in der dritten und letzten Phase der Klinischen Prüfung. Zudem billigte ihnen die US-amerikanische Gesundheitsbehörde „Food and Drug Administration“ (FDA) eine schnellere Prüfung zu. Diese hat PORTOLAs ANDEXXA jedoch nicht bestanden. Die FDA meldete Klärungsbedarf in Fragen des Einsatzes bei den Arzneien Edoxaban und Enoxaparin an. Probleme warf nach ihrer Ansicht auch der Herstellungsprozess des Pharmazeutikums auf. Zudem hatte die Behörde während des Verfahrens noch Dokumente nachgefordert und diese bis zum Entscheidungstermin nicht alle durcharbeiten können.

### Mehr XARELTO-Nebenwirkungen

Die Liste der unerwünschten Arznei-Effekte von BAYERs Gerinnungshemmer XARELTO wird immer länger. Den Blutungen und Leber-Schädigungen gesellten sich jetzt das „Stevens-Johnson-Syndrom“ und die Agranulozytose hinzu. Bei ersterem handelt es sich um eine Haut-, beim zweiterem um eine Blut-Krankheit. Da beide tödlich verlaufen können, musste der Leverkusener Multi in den USA und in der Schweiz bereits den Beipackzettel ändern. Und vielleicht steht eine entsprechende Aktualisierung auch bald in der EU an – die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) hat sich des Falles schon angenommen.

### Patentverlängerung für XARELTO

BAYER hat in den USA für seinen gefährlichen Gerinnungshemmer XARELTO (s. o.) eine Patent-Verlängerung erhalten. Er darf mit dem Mittel nun noch mindestens bis zum Jahr 2024 Extra-Profit abschöpfen. In Europa laufen die ersten Schutzrechte, die der Konzern auf das Mittel beansprucht, 2023 aus.

### BAYER Nr. 5 in Deutschland

In der von IMS HEALTHCARE erstellten Rangliste der umsatzstärksten Pharma-Unternehmen auf dem bundesdeutschen Markt belegte BAYER im Jahr 2015 den fünften Platz. Der Leverkusener Multi musste NOVARTIS, ROCHE, SANOFI und ROCHE den Vortritt lassen.

## AGRO & GIFTE

### Mehr Schnecken durch GAUCHO & Co.

Pestizide aus der Gruppe der Neonicotinoide wie BAYERs Saatgutbehandlungsmittel GAUCHO (Wirkstoff: Imidacloprid) und PONCHO (Clothianidin) haben einen wesentlichen Anteil am weltweiten Bienensterben, weshalb die EU einige dieser Agro-

chemikalien schon mit einem vorläufigen Verkaufsbann belegt hat. Sie haben aber noch mehr Risiken und Nebenwirkungen: Nach einer Studie der „Pennsylvania State University“ schalten die Mittel die natürlichen Feinde von Nacktschnecken aus, weshalb diese sich in wachsender Zahl über Ackerfrüchte hermachen können.

### Pestizide in Lebensmitteln

Das „Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit“ veröffentlicht regelmäßig Berichte über die Kontamination von Nahrungsmitteln mit gefährlichen Stoffen. Zu den Pestizid-Rückständen weist das „Monitoring 2015“ wieder beunruhigende Zahlen aus. Bei der Untersuchung von Lebensmitteln tierischer Herkunft lautet das Fazit: „Rückstände von Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln wurden in 45 Prozent der untersuchten Proben von Butter, 18 Prozent der Proben von Hühner-Eiern und 47 Prozent der Schaf-/Fetkäse-Proben festgestellt.“ Zweimal überschritten die Werte sogar die zulässigen Höchstgehalte. Neben DDT in Hühner-Eiern sorgte der Tierarzneimittel-Wirkstoff Diazinon, enthalten unter anderem in BAYERs NEOCIDOL, für diesen beunruhigenden Befund. Noch alarmierender fallen die Untersuchungsergebnisse bei Obst, Gemüse und Gewürzen aus: „Pflanzenschutzmittel-Rückstände wurden in unterschiedlichem Ausmaß in allen darauf untersuchten Lebensmitteln pflanzlicher Herkunft nachgewiesen.“ Dabei fanden die WissenschaftlerInnen zahlreiche Substanzen, die sich auch in Produkten des Leverkusener Multis tummeln. So stießen sie unter anderem auf Fenamiphos (NEMACUR), Fenhexamid (TEL-DOR), Imazalil (BAYTAN, MANTA PLUS), Pyrimethanil (CLARINET, FLINT STAR, MYSTIC, MYTHOS, SCALA, SIGANEX, VISION, WALABI), Tebuconazol (PROVOST OPTI), Propamocarb (VOLARE), Fluopicolid (VOLARE) Deltamethrin (K-OBIOL, PROTEUS), Carben-dazim (DEROSAL), Chlorthalonil (PRONTO PLUS BRAVO-PACK), Spiroxamine (PROSPER), Tebuconazol (FOLICUR), Clomazone (RO-DINO, BRASAN, CENTIUM 36), Thiocloprid (ALANTO, BARIARD, CALYPSO), Imidacloprid (GAUCHO), Chlorpyrifos (BLATTANEX, PROFICID, RIDDER) und Endosulfan (MALIX, PHASER, THIODAN). Zu allem Übel übertrafen die Rückstände vieler Substanzen auch noch die Grenzwerte. Überdies hatten einige Stoffe längst ihre Zulassung verloren.

### Neuer Pilz bedroht Bananen-Kulturen

Der agro-industrielle Komplex hat die Schrumpfform institutionalisiert: Es gibt immer weniger Unternehmen, immer weniger Pestizide und immer weniger Vielfalt bei den Pflanzen. „Wenn Du eine Ernte-Maschine in dein Feld schickst, dann willst Du Pflanzen da stehen haben, die auf dieselbe Höhe wachsen, am selben Tag reif sind und so weiter. Diese Uniformität gefährdet unser Nahrungssystem, weil schon eine einzige Krankheit alles ausrotten kann“, sagt Chikelu Mba von der FAO, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen. Genau das passiert jetzt auf den Bananen-Plantagen. Dort wächst in schöner Regelmäßigkeit fast nur die Sorte „Cavendish“. Und eben diese sucht zurzeit der aggressive Pilz „Tropical Race 4“ (TH4) heim. Vor allem in Südostasien, Afrika und im Nahen Osten wütet er. BAYER-WissenschaftlerInnen rechnen – „wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit“ – zudem mit einem Übergreifen auch nach

Südamerika. Die Pestizide der Agro-Multis können TH4 nichts anhaben. Der Leverkusener Multi will die Erzeuger zwar „im Kampf gegen die katastrophale Krankheit unterstützen“, weiß aber auch keinen besseren Rat, als erst einmal in die Labors abzutauchen. Er kündigte an, im Rahmen des internationalen Forschungs- und Entwicklungsfonds (INREF), dessen Arbeit die holländische Universität Wageningen koordiniert, nach neuen Lösungen zu suchen.

### Bananen: Ein bisschen Nachhaltigkeit

Nicht nur der aggressive Pilz „Tropical Race 4“ (TH4) macht den Bananen zu schaffen (s. o.). „Vor zahlreichen Herausforderungen“ stehen die Früchte laut BAYER. Auch andere Pilze sowie Wildgräser und Schadinsekten stellen sich nämlich zunehmend auf die Ackergifte des Konzerns ein. Und eine Erhöhung der Dosis hilft auch nicht viel und hat – wie selbst der Leverkusener Multi einräumen muss – „Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft“. Darum setzt sogar der Agro-Riese nicht mehr nur stur auf Chemie. Auf einem Kongress stellte das Unternehmen jüngst „Ansätze für einen nachhaltigeren Bananen-Anbau“ vor. Diese beschränken sich nach der Devise „Best of both worlds“ allerdings darauf, traditionelle und biologische Produkte zu kombinieren, bzw. „integrierte Lösungen bereitzustellen, die für die Bananen-Industrie einen Mehrwert schaffen“. So rückt etwa VELUM (Wirkstoff: Fluopyram) den Würmern chemisch zu Leibe, während BIOACT einen Pilz auf deren Eiern ansiedelt und so die Vermehrung der Tiere hemmt.

## GENE & KLONE

### BAYER will Gentech-Zucker

Zuckerrohr ist nach Soja das zweitwichtigste landwirtschaftliche Export-Gut Brasiliens. Besonders der Biosprit-Boom hat zu einer Ausweitung der Anbau-Flächen geführt. Auf mittlerweile fast zehn Millionen Hektar blühen die Pflanzen mittlerweile, und der agro-industrielle Komplex kennt kein Erbarmen. Die Zuckerbarone vertreiben Kleinbauern und -bäuerinnen von ihren Feldern und schrecken dabei auch vor Gewalt nicht zurück: 36 Tote hat es bis 2015 schon gegeben. Zudem schufteten die Plantagen-Beschäftigten unter schlimmen Bedingungen. Sogar zu regelrechter Sklaven-Arbeit kommt es dabei. So musste eine Sondereinheit der brasilianischen Polizei 2007 1.100 Menschen aus ihren Abhängigkeitsverhältnissen befreien. Überdies sehen sich die MälocherInnen auf den Feldern einem massiven Einsatz von Pestiziden ausgesetzt. 77.000 Tonnen Agro-Chemikalien gingen im Jahr 2013 auf den Zuckerrohr-Arealen nieder. Schätzungen zufolge kommt es allein in dem Gebiet um Pernambuco zu rund 24.500 Vergiftungen jährlich. Trotzdem setzen LandwirtInnen und Regierung auf ein weiteres Wachstum in dem Sektor. Davon will auch BAYER profitieren – mit einem Gentech-Gewächs. Der Leverkusener Multi arbeitet gemeinsam mit dem brasilianischen Forschungsunternehmen CTC an einer Ackerfrucht, die dank Erbgut-Manipulationen einen um bis zu 20 Prozent höheren Zuckergehalt hat. „Dadurch lässt sich der Ertrag auf den Plantagen um einige 1.000 Liter Treibstoff pro Hektar steigern“, frohlockt der Konzern.

## Forschungen an Resistenz-Genen

Eigentlich sind Pflanzen von Natur aus gegen vieles gewappnet, was ihren Bestand gefährdet. So findet sich in ihrer DNA etwa ein Resistenz-Gen gegen Pilz-Befall. Die moderne Züchtung hat das Weizen, Gerste & Co. jedoch im wahrsten Sinne des Wortes ausgetrieben. Deshalb schwärmen die WissenschaftlerInnen nun aus und suchen Wildgewächse, die solche Eigenschaften noch haben, um ihr Erbgut dann den Acker-Früchten einbauen zu können. Die Versuche stehen allerdings erst noch am Anfang. Es ist also fraglich, ob es ohne Risiken und Nebenwirkungen gelingt, mit dem Raketen-Flugzeug ins Plusquampferkt vorzustoßen.

## WASSER, BODEN & LUFT

### Gutachten zur „Ewigkeitslast PCB“

Polychlorierte Biphenyle (PCB) gehören zu den giftigsten Hervorbringungen der Chlorchemie (*SWB* 1/14). Die vor allem von BAYER und MONSANTO in Umlauf gebrachten gefährlichen „Alleskönner“ kamen bis zu ihrem vollständigen Verbot 1989 in Elektrogeräten, Fugendichtungsmassen, Farben, Ölen, Lacken und Bodenbelägen zum Einsatz – und stellen immer noch ein beträchtliches Gesundheitsrisiko dar. Von den 1985 in der Bundesrepublik verkauften 72.000 Tonnen landete mehr als ein Sechstel im Bergbau, wo die schweren Gerätschaften viel Hydraulik-Öl brauchten. „Wir sind mit dem Zeug umgegangen, als wäre es Milch“, zitiert der *Spiegel* einen Bergmann. Dementsprechend leiden viele seiner KollegInnen heute an den Spätfolgen und zeigen Vergiftungssymptome wie Haut-, Nieren- und Leberschäden. Die Altlasten lagern in Fässern und anderen Behältern, die nicht selten Leckagen aufweisen. Um das PCB nicht in das Grundwasser und die Flüsse gelangen zu lassen, muss der Bergbau-Konzern RAG das Grubenwasser über ein bestimmtes Niveau pumpen. Die kontaminierte Fracht leitet er dann in die Gewässer ein. Das nordrhein-westfälische Landesamt für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz entnahm vor einiger Zeit unter anderem an der Zeche Prosper-Haniel in Bottrop sowie in Bergkamen und Essen Proben und wies PCB-Belastungen nach, die an manchen Stellen um das Dreifache über den Grenzwerten lagen. Ein neues, vom nordrhein-westfälischen Umweltminister Johannes Remmel (Bündnis 90/Grüne) in Auftrag gegebenes Gutachten bestätigte jetzt diesen alarmierenden Befund. Deshalb schlugen die VerfasserInnen vor, an den Pump-Stationen Wasserrückhalte-Becken mit Aktivkohle-Filtern zu installieren. Remmel signalisierte Zustimmung. Ob er für den Bau solcher Vorrichtungen allerdings die Zustimmung des Koalitionspartners SPD gewinnen kann, steht noch in Frage.

### Luft-Schadstoff Quecksilber

Der BAYER-Konzern erzeugte 2015 allein in seinen eigenen Kraftwerken durch die Verbrennung von Kohle rund 3,5 Megawattstunden Strom. Das treibt durch den Ausstoß von Kohlendioxid nicht nur den Klimawandel voran, sondern sorgt auch für Quecksilber-Emissionen. Alle bundesdeutschen Kohlekraftwerke zusammen produzieren per anno rund sieben Tonnen des gesundheitsgefährdenden Schwermetalls. Während die Vereinigten

Staaten bereits einige rigorose Maßnahmen gegen diese Art der Luft-Belastung getroffen haben, können sich die europäischen PolitikerInnen nicht dazu durchringen. Selbst die ab 2021 geltenden schärferen Grenzwerte liegen immer noch deutlich über den US-amerikanischen. BAYER & Co. jedoch wiegeln ab: Der „Bundesverband der deutschen Industrie“ (BDI) hält die „angeblich strengeren Quecksilber-Emissionswerte“ in den USA für „generell nicht übertragbar“ auf bundesdeutsche Verhältnisse, weil sie sich anders herleiten und die Kohlemeiler made in Germany mit anderen Techniken arbeiten. Noch dazu verfügen die hiesigen Dreckschleudern über keine speziellen Quecksilber-Filter. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen sieht deshalb dringenden Handlungsbedarf. „Es ist technisch möglich, den Quecksilber-Ausstoß von Kohlekraftwerken zu reduzieren, das muss endlich passieren. Alles andere ist gesundheits- und umweltpolitisch grob fahrlässig“, so Peter Meiwald, der umweltpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion.

### PCB in der Tiefsee

Polychlorierte Biphenyle (PCB) gehören zu den giftigsten Hervorbringungen der Chlorchemie (*SWB* 1/14). Die hauptsächlich von BAYER und MONSANTO in Umlauf gebrachten gefährlichen „Alleskönner“ kamen bis zu ihrem vollständigen Verbot 1989 in Elektrogeräten, Fugendichtungsmassen, Farben, Ölen, Lacken und Bodenbelägen zum Einsatz – und stellen wegen ihres stabilen chemischen Aufbaus immer noch ein beträchtliches Risiko für Mensch, Tier und Umwelt dar. So stießen der Wissenschaftler Alan Jamieson und sein Team der „University of Aberdeen“ selbst in der Tiefsee auf PCB-Ablagerungen. Im bis zu 11.000 Meter tiefen Marianengraben lagen die Konzentrationen sogar höher als in den am stärksten verschmutzten Flüssen Chinas.

### Mehr Kohlendioxid-Emissionen

BAYERs Emissionen des klimaschädlichen Kohlendioxids steigen seit Jahren kontinuierlich. 2016 stieß der Konzern 9,87 Millionen Tonnen aus – 160.000 Tonnen mehr als 2015. Ein Grund dafür ist, dass der Leverkusener Multi bei der Energie, die er selbst erzeugt, mehr auf die besonders klimaverträgliche Kohle setzt. Deren Quantum am gesamten Strom-Verbrauch von 43.424 Terajoule (TJ) wuchs gegenüber 2015 von 12.755 auf 13.420 TJ, während der Erdgas-Anteil von 28.813 TJ auf 27.552 TJ schrumpfte.

## PRODUKTION & SICHERHEIT

### BAYER & Co. gründen DCSO

Der Leverkusener Multi registriert des Öfteren Attacken auf sein Computer-Netz. 2012 etwa gab es einen Hacker-Angriff aus China mit dem Ziel, Industrie-Spionage zu betreiben. Zuvor schon musste er sich des Computer-Virus' Stuxnet erwehren. Auch die politische HackerInnen-Gruppe „Anonymus“ störte schon die digitalen Betriebsabläufe. Darum gründete BAYER zusammen VW, BASF und der ALLIANZ die „Deutsche Cyber-Sicherheitsorganisation“ (DCSO). „Gemeinsam entwickeln wir Lösungen gegen die Bedrohungen aus dem Netz. Damit schützen wir wichtiges Know-how und sichern den wirtschaftlichen Erfolg des Wirt-

schaftsstandortes Deutschland“, verkündet die Einrichtung auf ihrer Internet-Seite.

## ASPIRIN-Rückrufe

Gleich zweimal musste BAYER in den letzten Monaten Chargen des Schmerzmittels ASPIRIN zurückrufen, nachdem ApothekerInnen ihre Arzneimittel-Kommission über Verfärbungen an dem Medikament informiert hatten. „Wir empfehlen Anwendern, verfärbte Tabletten nicht zu verwenden und zu entsorgen. Sollten Sie derartige Verfärbungen an anderen Chargen als den oben genannten feststellen, informieren Sie bitte ihren Apotheker“, verlautete aus der Konzern-Zentrale. Als Grund für die verdächtigen Veränderungen an dem „Tausendsassa“ nannte er undichte Verpackungen.

## IMPERIUM & WELTMARKT

### BAYER im Brexit-Blues

Großbritannien nimmt für die bundesdeutschen Chemie-Unternehmen Rang sechs unter den weltweit wichtigsten Absatz-Märkten ein. Im Jahr 2015 führten die Konzerne Güter im Wert von 12,9 Milliarden Euro in Richtung England aus. Darum hat Englands Aufkündigung der EU-Mitgliedschaft schwerwiegende Folgen für BAYER & Co. „Im Brexit-Szenario ist die pharmazeutische Industrie durch hohe Abhängigkeiten vor allem auf der Export-Seite die mit Abstand am stärksten betroffene Branche“, hält das „Zentrum für deutsche Wirtschaftsforschung“ fest. Entsprechend bedrückt gibt sich der Leverkusener Multi. „Wir bedauern es sehr, dass sich die Briten gegen den Verbleib in der EU ausgesprochen haben. Das ist ein schwerer Rückschlag für Europa und der Beginn einer unsicheren Zeit für das Vereinigte Königreich“, erklärte BAYER-Chef Werner Baumann. Die PolitikerInnen forderte er auf, bei den anstehenden Austrittsverhandlungen Schadensbegrenzung zu betreiben und zu versuchen, die ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen des Brexits möglichst gering zu halten.

## ÖKONOMIE & PROFIT

### BAYERs AktionärInnen-Struktur

Der Leverkusener Multi hat deutlich mehr ausländische AktionärInnen als andere börsen-notierte deutsche Unternehmen. Während der DAX-Durchschnitt bei rund 55 Prozent liegt, kommt der Konzern aktuell auf einen Anteil von 79 Prozent (2013: 72 Prozent). Mit 27,7 Prozent dominieren Investoren aus den USA und Kanada. Daher kommt mit dem Vermögensverwalter BLACKROCK auch der größte Halter von Anteilen. Sieben Prozent der BAYER-Aktien besitzt er aktuell (Stand: Juli 2016). Es folgen die COMMERZBANK mit rund 3,4 Prozent sowie SUN LIFE FINANCIAL und die CAPITAL GROUP mit ca. drei Prozent. PrivatanlegerInnen machen nur elf Prozent der AktionärInnen aus. Den Rest stellen große Investment-Gesellschaften. Mit 19 Prozent haben auffallend viele von ihnen ihren Sitz in Großbritannien oder Irland; steuerliche Gründe dürften dafür den Ausschlag geben.

## BAYER profitiert vom Niedrigzins

Sollten alle Aufsichtsbehörden der MONSANTO-Übernahme durch BAYER zustimmen, muss der Leverkusener Multi für das US-Unternehmen 66 Milliarden Dollar zahlen. Ein Drittel des Geldes plant der Konzern durch die Herausgabe neuer Aktien aufzubringen, die restlichen zwei Drittel – 38 Milliarden Dollar – will er sich von den Banken leihen. Die Zinsen dafür betragen zurzeit nur rund 3,5 Prozent. Im Jahr 2008 wären es noch ca. 5,8 Prozent gewesen. „Eine Großakquisition wie der Kauf von MONSANTO durch BAYER wäre früher wegen der hohen Zinslast nicht möglich gewesen“, meint deshalb der Finanz-Experte Bert Flossbach von der Kölner STORCH AG.

## Furcht vor mehr Konkurrenz

BAYER und andere bundesdeutsche Chemie-Unternehmen fürchten sich vor zunehmender Konkurrenz auf den Weltmärkten. Nicht nur ostasiatische Schwellenländer investieren immer größere Summen in Forschung & Entwicklung. „[A]uch Industrie-Nationen wie Amerika und Japan forcieren ihre Innovationsprozesse, um Markt-Anteile zu gewinnen“, warnte der „Verband der Chemischen Industrie“ im Dezember 2016.

## RECHT & UNBILLIG

### ECCHR-Klage abgewiesen

Auf der letzten BAYER-Hauptversammlung im April 2016 griff die indische Rechtsanwältin Mani Prakash den Leverkusener Multi scharf an. Eine Untersuchung des EUROPEAN CENTER FOR CONSTITUTIONAL AND HUMAN RIGHTS (ECCHR) hatte nämlich massive Verstöße des Konzerns bei der Vermarktung von Pestiziden in dem Land aufgedeckt. „Ich bin eine Anwältin aus Bombay. Vor kurzem habe ich mehrere Dörfer in Indien besucht, um mir selbst ein Bild zu machen von den Vorteilen der Pestizid-Nutzung durch die örtlichen Bauern. Zu meiner Überraschung musste ich feststellen, dass BAYER in diesen Dörfern erhebliche Verletzungen nationaler und internationaler Gesetze und Standards vorgeworfen werden kann“, kritisierte die junge Frau in ihrer Rede, deren Übersetzung Carolijn Terwindt vom European Center verlas. Der Agro-Riese informierte Prakash zufolge nämlich weder indische HändlerInnen noch LandwirtInnen in ausreichendem Maße über die Gefahren der Ackergifte. Überdies hält er kaum Schulungen ab und verteilt auch keine Schutzkleidung. Darüber hinaus fehlen auf den Packungen der Agro-Chemikalie NATIVO in verständlicher Form angebrachte Sicherheitshinweise. Darum hat das ECCHR die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen mittels einer Ordnungswidrigkeitsanzeige aufgefordert, sich die Geschäftspraktiken von BAYER einmal genauer anzusehen. Das lehnte der Pflanzenschutzdienst der Kammer jedoch ab. Aber auf Druck der Initiative SWADESHI ANDOLAN hat unterdessen auch das indische Landwirtschaftsministerium Ermittlungen in der Sache aufgenommen.

### Immer mehr XARELTO-Klagen

BAYERs Gerinnungshemmer XARELTO mit dem Wirkstoff Rivaroxaban hat gefährliche Nebenwirkungen – im Jahr 2016 gingen al-

lein beim „Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte“ (BfArM) 117 Meldungen über Todesfälle ein. In den USA ziehen deshalb immer mehr Geschädigte bzw. deren Hinterbliebene vor Gericht. Das Aufkommen der Klagen erhöhte sich von Ende Januar 2016 bis Ende Januar 2017 von 4.300 auf 16.400.

### Immer mehr ESSURE-Klagen

ESSURE, BAYERs ohne Hormone auskommendes Mittel zur Sterilisation, beschäftigt in den USA zunehmend die Gerichte. Die kleine Spirale, deren Kunststoff-Fasern für ein so großes Wachstum des Bindegewebes sorgen sollen, dass sich die Eileiter verschließen, hat nämlich zahlreiche Nebenwirkungen. Allzu oft bleibt das Medizin-Produkt nicht an dem vorgesehenen Ort, sondern wandert im Körper umher und verursacht Risse an den Wänden innerer Organe, was zu lebensgefährlichen inneren Blutungen führen kann. Auch Hautausschläge, Kopfschmerzen, Übelkeit und Allergien zählen zu den Gesundheitsschädigungen, über die Frauen berichten. Darum nimmt die Zahl der Klagen immer mehr zu. Sie stieg binnen der letzten Monate von rund 1.000 auf 3.700 (Stand: 23.1.17). Seit Dezember 2016 müssen sich auch europäische RichterInnen mit dem Medizin-Produkt auseinandersetzen. In Frankreich nahmen sich zwei ESSURE-Geschädigte einen Anwalt. Der Leverkusener Multi steht aber trotzdem weiterhin in Treue fest zu dem Pharmazeutikum. „Das Verhütungsmittel ESSURE hat ein positives Nutzen-Risiko-Verhältnis für Frauen“, erklärt der Konzern. Und die vielen Prozesse haben auch Einfluss auf das Geschäft. „[A]ufgrund der derzeitigen Einschätzung des Marktumfeldes und geringerer erwarteter Erlöse“ macht der Leverkusener Multi in seinem neuesten Geschäftsbericht eine Wertminderung in Sachen „ESSURE“ von 391 Millionen Euro geltend.

### 2.600 MIRENA-Klagen

BAYERs Hormon-Spirale MIRENA hat Nebenwirkungen wie nächtliche Schweißausbrüche, Herzrasen, Unruhe, Schlaflosigkeit, permanente Bauchkrämpfe und Oberbauchschmerzen. Allein die US-amerikanische Gesundheitsbehörde FDA erhielt bereits 45.000 Meldungen über unerwünschte MIRENA-Effekte. Darum strengen viele Frauen Prozesse an. Einige hat der Leverkusener Multi aber schon abgearbeitet. So sank die Zahl der noch virulenten Klagen von 3.500 Ende Januar 2016 bis Ende Januar 2017 auf 2.600.

### Beschwerde gegen PCB-Urteil

In den Bergwerken lagern noch rund 12.000 Tonnen Polychlorierte Biphenyle (siehe WASSER, BODEN & LUFT). Die hauptsächlich von BAYER und MONSANTO hergestellte extrem gesundheitsgefährdende Chemikalie kam unter Tage hauptsächlich als Zusatz von Hydraulik-Ölen zum Einsatz. Wegen des nachlässigen Umgangs mit dieser Altlast hatte der BUND den Bergbau-Konzern RAG im Jahr 2015 verklagt. Die Bochumer Staatsanwaltschaft stellte jedoch 2016 die Ermittlungen ein (*Ticker* 1/17). Das Unternehmen hätte wasserrechtliche Genehmigungen für die Einleitungen eingeholt, und die Gewässer hätten keinen Schaden genommen, erklärte Oberstaatsanwalt Paul Jansen zur Begründung. Er behauptete sogar, das Unternehmen hätte immer die Grenzwerte eingehalten. Gegen das Bochumer Votum hat der Umweltverband nun eine Beschwerde eingereicht. „Die Staats-

anwaltschaft hat das Ermittlungsverfahren gegen die RAG unter Verkenennung der Rechtslage vorschnell eingestellt“, erklärte NRW-Geschäftsleiter Dirk Jansen und fuhr fort: „Da uns bislang eine Akten-Einsicht verwehrt wurde, könnte der Eindruck entstehen, die Staatsanwaltschaft stütze sich bei ihrer Entscheidung allein auf die Stellungnahmen der RAG und der Bergbehörde. Das ist nicht hinnehmbar.“

### BVG: Pipeline dient Allgemeinwohl

Seit Langem schon beschäftigt BAYERs Kohlenmonoxid-Pipeline die Gerichte. Das Oberverwaltungsgericht Münster rief deshalb sogar das Bundesverfassungsgericht an. Die RichterInnen sahen durch den Fall nämlich Verfassungsfragen berührt. Sie hatten erhebliche Zweifel daran, ob das nordrhein-westfälische Rohrleitungsgesetz, mit dem die Düsseldorfer Landesregierung der Giftgas-Leitung den Weg zwischen den beiden BAYER-Standorten Dormagen und Krefeld/Uerdingen freimachen wollte, überhaupt verfassungsgemäß ist. Enteignungen zum Gedeih eines Großkonzerns mit dem Verweis auf das Allgemeinwohl zu legitimieren, wie es das auch „Lex BAYER“ genannte Paragraphen-Werk tut – das mochten die JuristInnen nicht so einfach akzeptieren. Karlsruhe nahm die RichterInnen-Vorlage aus Münster jedoch nicht einmal zur Entscheidung an. Das Bundesverfassungsgericht monierte unter anderem, das OVG habe dem weiten Spielraum, den die Verfassungsregelungen zu Enteignungen einräumen, nicht genügend Rechnung getragen. Überdies hätte es die Gründe nicht ausreichend gewürdigt, die das Pipeline-Gesetz zur Legitimation der Eingriffe anführt. Die drei Karlsruher RichterInnen selber ließen hingegen Sympathie für die Darlegungen erkennen, wonach die Rohrleitung zum Allgemeinwohl beitrage und Inbesitznahmen fremden Eigentums deshalb gesetzeskonform erfolgen könnten. Ihrer Ansicht nach hätten nämlich auch noch andere Firmen etwas von dem Röhren-Strang. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN bezeichnete das Karlsruher Votum in einer Presseerklärung als „krasses Fehlurteil“. „Von der CO-Pipeline profitiert zum größten Teil, wenn nicht sogar ausschließlich die BAYER-Tochter COVESTRO“, hieß es in dem Text. Nach Ansicht der CBG sprechen allein schon die von dem Giftgas ausgehenden Risiken jedem Verweis auf das Allgemeinwohl Hohn. Risiken überdies, die nicht sein müssten, denn es gibt eine Alternative zu dem Röhren-Strang: die CO-Produktion vor Ort. Aber auch das hat bei der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts keine Rolle gespielt.

### EU-Kommission für GAUCHO-Verbot

Pestizide aus der Gruppe der Neonicotinoide wie die BAYER-Wirkstoffe Imidacloprid (GAUCHO) und Clothianidin (PONCHO) haben einen erheblichen Anteil am weltweiten Bienensterben. Darum erfolgten auf nationaler Ebene 2008 und EU-weit Ende 2013 Anwendungsbeschränkungen. Die Europäische Kommission hat diese zunächst befristet. Sie will die Anordnungen jedoch auf Dauer stellen. Wegen „hoher akuter Risiken für Bienen“ schlägt die Kommission vor, die Ausbringung von Imidacloprid, Clothianidin und der SYNGENTA-Substanz Thiamethoxam auf freier Wildbahn zu untersagen. Nur in Gewächshäusern soll der Gebrauch noch gestattet sein. BAYER war not amused über die Nachricht aus Brüssel. „Wir lehnen den aktuellen Vorschlag der

EU-Kommission, die Anwendung von Neonicotinoiden weiter einzuschränken, entschieden ab“, verlautete aus der Konzern-Zentrale. Eine endgültige Entscheidung über das Schicksal von GAUCHO & Co. fällt im April 2017 bei einer Abstimmung der EU-Mitgliedsstaaten.

### ECHA für Glyphosat-Freibrief

Die Krebsforschungseinrichtung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) stufte den Pestizid-Wirkstoff Glyphosat im März 2015 als „wahrscheinlich krebserregend“ ein. Das „Bundesinstitut für Risiko-Bewertung“ (BfR), dessen „Kommission für Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände“ der BAYER-Mitarbeiter Dr. Frank Pierre Laporte angehört, ließ sich davon 2016 jedoch nicht irritieren. Es attestierte der Agro-Chemikalie, die hauptsächlich in Kombination mit MONSANTOs Gen-Pflanzen zum Einsatz kommt, aber auch in BAYER-Mitteln wie GLYFOS, PERMACLEAN, USTINEX G, KEEPER und SUPER STRENGTH GLYPHOSATE enthalten ist, „wahrscheinlich nicht krebserregend für Menschen zu sein“. Zum gleichen Votum kam nun die Europäische Chemikalien-Agentur ECHA, denn sie befeiligte sich der gleichen Vorgehensweise wie das BfR: Die Agentur stützte sich hauptsächlich auf Industrie-Studien. Das wirtschaftsfreundliche *Handelsblatt* begrüßte die Entscheidung und wusste auch gleich, wen die Nachricht am meisten beglücken musste: „Ein Erfolg für MONSANTO und seinen potenziellen Käufer BAYER.“ Allerdings obliegt es den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU, über die weitere Zukunft des Ackergiftes zu entscheiden, dessen Zulassung Ende 2017 ausläuft.

### USA: Neue Offenlegungspflichten

Das Auseinanderdriften von ManagerInnen-Gehältern und Durchschnittslöhnen – bei BAYER verdient ein Vorstandsmitglied aktuell das 42fache eines normalsterblichen Beschäftigten – steht nicht nur hierzulande in der Kritik (siehe KAPITAL & ARBEIT), sondern auch in den USA. Deshalb beschloss die Obama-Administration als Reaktion auf die Finanzkrise, die börsen-notierten Unternehmen zu zwingen, das Lohngefüge in ihren Konzernen öffentlich zu machen. Obwohl sich die republikanischen Mitglieder der Börsenaufsicht SEC lange gegen diese „Sozialpolitik, die sich als Offenlegungspflicht maskiert“, sträubten, müssen BAYER & Co. seit Anfang 2017 die Bestimmungen der „Pay Ratio Disclosure“ befolgen und die entsprechenden Angaben machen. Bei der Berechnung dürfen sie sich allerdings der eigenen Methodik befleißigen. Auch müssen sie den Wert nur alle drei Jahre aktualisieren.

### Zwangslizenz in der Bundesrepublik

Der Patentschutz von Medikamenten sichert BAYER & Co. über einen langen Zeitraum hinweg Extra-Profit. Besonders Menschen aus armen Ländern können sich die Arzneien deshalb kaum leisten. Aus diesem Grund berufen sich die betreffenden Staaten oftmals auf einen Ausnahme-Paragrafen des internationalen Patentschutzabkommens TRIPS und vergeben Zwangslizenzen an die Hersteller von Nachahmer-Präparaten, um die Versorgung zu sichern. Indien tat das beispielsweise im Fall von BAYERs Krebs-Medikament NEXAVAR (*Ticker* berichtete mehrfach). Im September 2016 erteilte jedoch auch ein bundesdeutsches Patentgericht

eine Zwangslizenz. Es sprach dem Unternehmen MERCK & Co. das Recht zu, das AIDS-Pharmazeutikum ISENTRESS weiter zu vermarkten, auf das eine japanische Firma den Schutz des geistigen Eigentums reklamiert. „Der Senat ist nach Einholung eines Sachverständigen-Gutachtens zu der Auffassung gelangt, dass das Medikament von bestimmten Gruppen HIV-Infizierter und/oder an AIDS erkrankten Patienten aus medizinischen Gründen benötigt wird und diese nicht ohne erhebliche gesundheitliche Risiken auf andere Präparate ausweichen können“, lautete die Begründung. Allerdings läuft der Patent-Streit um ISENTRESS vorerst weiter.

### Mehr Heilungsvorschriften

Große Bau-Vorhaben oder Infrastruktur-Maßnahmen bedürfen einer Genehmigung durch ein Planfeststellungsverfahren. Oftmals jedoch haben Klagen gegen die Beschlüsse Erfolg, weil die Bezirksregierungen bei der Prüfung der Unterlagen Mängel übersehen haben. Dies war zum Beispiel bei BAYERs Kohlenmonoxid-Pipeline, mit welcher der Konzern die beiden Standorte Dormagen und Krefeld verbinden möchte, der Fall. Im Jahr 2011 erklärte das Verwaltungsgericht Düsseldorf das Durchwinken des Projektes für rechtswidrig, weil die Behörde die Erdbebensicherheit des Leitungsverbunds nicht ausreichend geprüft hätte. Das bedeutete jedoch nicht das Aus für die Giftgas-Leitung. Der Gesetzgeber hält nämlich „Heilungsvorschriften“ bereit, die ein „ergänzendes Verfahren“ zur Korrektur der Fehler erlauben. Und nun existieren Planungen, dieses Instrument auch auf die Genehmigungen für Industrie-Anlagen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) auszuweiten. Die AnwältInnen jubilierten schon. „Angesichts der Komplexität, die Verfahren nach dem BImSchG auszeichnet, dürfte dieser Vorstoß sowohl von den Genehmigungsbehörden als auch den Vorhabenträgern dankbar aufgenommen werden“, prophezeit der Verwaltungsjurist Martin Dippel. „Das völlige Scheitern von Großvorhaben ist in Deutschland (...) bislang die Ausnahme. Dabei wird es auch bleiben“, stellt er beruhigt fest.

## FORSCHUNG & LEHRE

### Kölner Pillen-Forschungen

Sowohl mit der Universität zu Köln als auch mit der Technischen Hochschule Köln pflegt BAYER glänzende Beziehungen. Mit ersterer unterhielt der Pillen-Riese nicht nur einige Zeit lang eine von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN immer wieder kritisierte Kooperation auf dem Gebiet der Arzneimittel-Forschung, Richard Pott, der Aufsichtsratschef seiner Tochtergesellschaft COVESTRO, sitzt zudem dem Hochschulrat der Einrichtung vor. Und zweiterer spendierte der Global Player in Tateinheit mit LANXESS den Lehrstuhl für „Technische Chemie“ und eine Million Euro für den Plan, eine veritable Zweitniederlassung am Standort des Chemie-Multis aufzumachen, den „Campus Leverkusen“. „Ich musste nicht lange überlegen, ob wir von BAYER den Campus unterstützen wollen. Die Fachhochschule Köln mit ihrer ausgewiesenen Nähe zur Praxis ist ein Projekt, von dem wir alle profitieren“, so der damalige Forschungsvorstand und heuti-

ge Aufsichtsrat Wolfgang Plischke zur Begründung. Aus „Dankbarkeit“ bringen die Kölner Uni und die Technische Hochschule, die ihre alte Bezeichnung „Fachhochschule“ abgestreift hat, jetzt zum Wohle BAYERs ein gemeinsames Projekt an den Start. Sie führen zusammen den Masterstudiengang „Drug Discovery and Development“ ein. „Es werden Kompetenzen vermittelt, die für eine Tätigkeit in der Forschung und Entwicklung von innovativen Arzneimitteln entlang der gesamten Wertschöpfungskette befähigen“ heißt es auf der TH-Homepage vielsagend.

### Zu wenig Pharma-Forschung an Unis

In der Bundesrepublik betreiben fast nur große Konzerne wie BAYER Arzneimittel-Forschung. Die „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ (DFG) kritisiert das. „Neben den primär von der Industrie betriebenen Zulassungsstudien für neue Medikamente oder Medizin-Produkte stellen die wissenschaftsgetriebenen Studien (Investigator Initiated Trials, IITs) in Deutschland nach wie vor ein nur kleines Segment der Klinischen Studien dar. Dabei besteht ein großer Bedarf an IITs, insbesondere in Bereichen, die zwar wissenschaftlich und gesellschaftlich relevant, aber für die Industrie zunächst wenig einträglich und von untergeordnetem Interesse sind“, heißt es in den Empfehlungen zur „Weiterentwicklung der Klinischen Forschung an der deutschen Universitätsmedizin in den Jahren 2015 – 2025“. Die DFG führt den Mangel auf die Unterfinanzierung der Universitätskliniken und ihrer zunehmend „am Ökonomischen orientierten Ausrichtung“ zurück, welche die Einrichtungen sogar dazu bewog, die überwiegend im Forschungsbereich tätigen MedizinerInnen schlechter zu bezahlen als ihre KollegInnen im Klinik-Dienst. Diese Fehlentwicklung will die Forschungsgemeinschaft jetzt stoppen. „Einen besonderen Schwerpunkt zukünftiger Aktivitäten der Universitätsmedizin sollten – gleichsam als ihre Kern-Kompetenz – die Klinischen Studien darstellen“, hält sie fest. Dazu kündigt die DFG besondere Förderprogramme an. Darüber hinaus fordert die Organisation die Politik zu gesetzlichen Maßnahmen auf, damit auch die Krankenkassen Arznei-Forschungen beauftragen können.

### Zu wenig Toxikologie an Unis

Die Chemie sorgt für immer neue Risiken und Nebenwirkungen. Trotzdem gibt es immer weniger WissenschaftlerInnen, die sich sachgerecht mit diesen Bedrohungen auseinandersetzen können, denn die Toxikologie fristet an den bundesdeutschen Universitäten ein Schattendasein. Den medizinischen Fakultäten zugeordnet, fielen in der letzten Zeit zahlreiche Lehrstühle dem Sparzwang zum Opfer. Und wo noch welche existieren, wie z. B. an der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität, setzen die Lehrkräfte unumwunden auf eine Kooperation mit BAYER und anderen Unternehmen. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hatte zwar bereits vor 17 Jahren in einer Denkschrift vor dem Niedergang des Fachs gewarnt, konnte aber den Trend bisher nicht stoppen. Darum fordert die „Gesellschaft für Toxikologie“ (GT) den Staat jetzt abermals zum Handeln auf. „Vierzig bis sechzig Stellen sind unmittelbar notwendig“, so die GT-Vorsitzende Ursula Gundert-Remy.



## IMPRESSUM

Der *Ticker* erscheint viermal jährlich als Beilage des Magazins *Stichwort BAYER*. Er wertet systematisch die der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) zugänglichen Informationen zu BAYER und den Tochter- Unternehmen des Konzerns aus und bereitet selbst recherchiertes Material auf. Wird der *Ticker* gesammelt, steht bald ein vielen Nutzungsmöglichkeiten offenes Archiv rund um den Global Player BAYER zur Verfügung.

#### REDAKTION:

Jan Pehrke (V.i.S.d.P.), CvD: Axel Köhler-Schnura, Uwe Friedrich

#### HERAUSGEBER:

COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG)

#### AUSZEICHNUNGEN:

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von BUSINESS CRIME CONTROL. Darüber hinaus wurde Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Mathews-Preis“ geehrt.

#### ADRESSE:

Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf  
Fon: 0211/33 39 11  
Fax: 0211/33 39 40  
e-mail: [CBGnetwork@aol.com](mailto:CBGnetwork@aol.com)  
<http://www.CBGnetwork.org>

#### ABONNEMENT:

Es gelten die Abo-Konditionen von *Stichwort BAYER (SWB)*.  
Der *Ticker* kann als *SWB*-Beilage nur zusammen mit *SWB* abonniert werden.